

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 63 (1969)
Heft: 3

Artikel: Die Araber und Israel : zur Zweiten Internationalen Konferenz zur Unterstützung der arabischen Völker, Kairo 25.-28. Januar 1969
Autor: Bartsch, Hans Werner
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141580>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Araber und Israel

Zur Zweiten Internationalen Konferenz zur Unterstützung der arabischen Völker, Kairo 25.–28. Januar 1969

Das Flugzeug sollte planmässig um 8.55 Uhr von Kairo nach Frankfurt fliegen. Die Abfertigungshalle ist modern mit allen technischen Hilfsmitteln ausgerüstet. Aber die Leuchtanzeigen über den Ausgängen funktionieren nicht. Auf die Anfrage am Informationsstand wurde die Auskunft gegeben, das Flugzeug müsse den Anschluss aus Bombay abwarten und werde darum voraussichtlich erst um 10 Uhr abfliegen. Ähnliche Auskünfte erfolgten in den folgenden Stunden. Endlich, um 13.10 Uhr kam die Versicherung: In 20 Minuten startet das Flugzeug, ich schwöre es! Es startete tatsächlich um 13.30 Uhr. Wie die Information unter die Passagiere kam, ist unerfindlich, aber tatsächlich musste das Flugzeug aus Bombay fünfeinhalb Stunden warten, weil für die Stewards keine Ersatzmannschaft vorhanden war. Die Stewards mussten erst ein paar Stunden schlafen.

Immer wieder wurde unter den Fluggästen, die an der Kairoer Konferenz teilgenommen hatten, die Vermutung geäussert: Das wäre uns in Tel Aviv nicht passiert. Man sagte es bedauernd, als habe die Konferenz durch diese organisatorische Fehlleistung am Schluss einen unnötigen negativen Akzent erhalten. Eine etwas weiter gehende Überlegung führt allerdings zu einem anderen Ergebnis, zumal die genannte Erfahrung nur eine unter vielen war. (Der Engländer Sir Montague wurde versehentlich in ein falsches Flugzeug dirigiert und im letzten Moment erst zurückgerufen. Er sagte in rührender Hilflosigkeit: Machen Sie jetzt keine Scherze, ich kann es nicht ertragen.) Nimmt man alle diese Kleinigkeiten als Symptome, so kommt man zu dem Ergebnis, dass Israel weder jetzt militärisch bedroht ist, noch im Juni 1967 bedroht war. Natürlich kann und wird sich dies ändern, aber die Wandlung braucht Zeit.

Fast gegenteilig erscheint eine andere Erfahrung. Wir wurden nach Suez zur Besichtigung der Schäden eingeladen, die durch israelische Angriffe nach dem Sechs-Tage-Krieg entstanden waren. Die Ölraffinerie sahen wir in voller Arbeit, obwohl angenommen worden war, sie würde nie wieder arbeiten können. Aber die Arbeiter hatten in unermüdlichem Eifer bis zu täglich 18 Stunden sich an die Beseitigung der Schäden gemacht, man hatte improvisiert, und der Ausstoss beträgt etwa 50 Prozent der Masse vor dem Angriff. Auch wenn man die Zahlen skeptisch beurteilt, bleibt die Leistung angesichts des Ausmasses der Zerstörungen erstaunlich. Neben dem Mangel an exakter Organisation steht eine Fähigkeit zur Improvisation, die wiederholt auch im Ablauf der Tagung zu erfahren war. Zu dieser Improvisationsfähigkeit kommt die Begeisterung, mit der die Araber sich mit der Sache ihrer Völker und Staaten identifizieren. Unter diesem Gesichtspunkt ist der begeisterte Applaus zu bewerten, den der Vertreter der palästinensischen Befreiungsfront El Fatah erhielt. In der Schlussver-

sammlung erhoben sich alle Delegierten und klatschten seiner kurzen improvisierten Rede Beifall, die er aus der Mitte des Saales gehalten hatte.

Man muss dabei in Rechnung stellen, dass sich in dieser Bewegung seit etwa 1965 ein grundlegender Wandel vollzogen hat. Konnte noch im Mai 1967 Schukeiri als Vertreter dieser Befreiungsfront seine Brandreden halten, gestützt auf eine reguläre Armee, so hat sich vor allem in Jordanien El Fatah gewandelt. Der Name Schukeiri war auf der Konferenz nicht zu hören, und wenn man ihn erwähnte, so wurde abgewinkt. Militärisch bedeutet El Fatah eine Vielzahl von Guerilla-Einheiten, für die Begeisterung und Improvisationsfähigkeit die wesentlichen Voraussetzungen für einen möglichen Erfolg sind. Die Araber haben die ihnen angemessene Art des Kampfes gefunden. Für den engagierten Beobachter ist aber der politische Wandel von grösserer Bedeutung. Er wurde bereits deutlich, als sich in Jordanien Differenzen zwischen der Regierung und der Führung der Guerrillas zeigten. Die Kritik an den Hinrichtungen in Bagdad, die von den anderen arabischen Staaten erhoben wird, zeigt die gleiche Differenz. Sie erstreckt sich auf die politische Analyse des Konfliktes.

Diese Differenzen kamen in den Diskussionen der Konferenz deutlich zum Ausdruck. Und in der Schlussrede des Delegierten der El Fatah mit dem folgenden spontanen Applaus zeigt sich vielleicht am sichtbarsten das Ergebnis der Diskussionen.

Man kann den Applaus selbst als eine auf solchen Konferenzen übliche Pflichtleistung abwerten; denn El Fatah repräsentierte ja die Sache, um die es den Teilnehmern ging. Er wird erst bedeutsam, wenn man den Inhalt nennt, dem applaudiert wurde. Der Delegierte hatte als Ziel des Kampfes «einen säkularen, demokratischen Staat, in dem Christen, Moslems und Juden miteinander leben können», genannt. Dass dieses Ziel von der Konferenz damit angenommen wurde, gewinnt an Bedeutung dadurch, dass unmittelbar vorher ein Delegierter aus einem der arabischen Staaten zu rechtgewiesen wurde, als er vom «Weltzionismus» redete, und die ominösen «Protokolle der Weisen von Zion» anklangen. Man war streng darauf bedacht, jeden Verdacht eines Antijudaismus nicht aufkommen zu lassen.

Dies ging angesichts früherer Brandreden arabischer Staatsmänner und Führer natürlich nicht ohne heftige Diskussion vor sich. Dass immer wieder der Gegensatz zwischen Arabern und Juden, die Diskriminierung der Araber durch die Juden in Israel und vor allem in den besetzten Gebieten, als «Rassismus» verstanden wurde, hat seinen Grund wohl auch darin, dass unter den Delegierten die afrikanischen Staaten und die Befreiungsbewegungen aus den afrikanischen Kolonien sowie aus den lateinamerikanischen Staaten stark vertreten waren. Dadurch wurde der Kampf der Araber als Befreiungskampf vom kolonialen Joch verstanden. Israel geriet damit in die Rolle des Kolonialherren. Das mag ungerecht erscheinen und kann bis zum Juni-Krieg 1967 als ungerecht bezeichnet werden. Äusserungen führender israelischer Politiker, die nicht nur die Weigerung aussprechen, die besetzten Gebiete wieder herauszugeben, sondern von einem «Grösseren Israel» vom Euphrat bis zum Nil reden, geben allerdings dieser Verurteilung

als Aggressor und Handlanger der Kolonialmacht USA die Berechtigung. So unbegreiflich gerade einem Deutschen das Wort Rassismus in diesem Zusammenhang ist, es wurzelt in der Parallelität des arabischen Widerstandes mit dem Befreiungskampf der Farbigen in Afrika und Amerika gegen die weisse Kolonialherrschaft.

Die Konferenz bot zur Unterstützung dieser Verurteilung Argumente, die entweder in der Öffentlichkeit nicht bekannt oder nicht beachtet sind. Man mag z.B. mit Recht darauf hinweisen, dass die 13 zerstörten Flugzeuge in Beirut den Wert eines Menschenlebens, das bei dem Anschlag in Athen geopfert wurde, nicht aufwiegen können. Aber Israel hat in der blutigen Geschichte der 20 Jahre seiner Existenz auch Vergeltungsschläge geführt, die Menschenleben kosteten, einschliesslich Frauen und Kinder. Gewiss waren sie Antwort auf Grausamkeiten arabischer Freischärler, die ebenso zu verurteilen sind. Aber Vergeltungsschläge sind als solche ein Bruch des Völkerrechts und darum vor allem dann zu verurteilen, wenn ein Staat in Anspruch nimmt, nach den Massstäben dieses Völkerrechts behandelt zu werden. Sanktionen gegen Dörfer und Siedlungen in den besetzten Gebieten, Massnahmen, die einer Sippenhaft ähnlich erscheinen, willkürliche Ausgangssperren und mehr oder minder erzwungene Aussiedlung von Arabern aus den besetzten Gebieten sowie die Verweigerung der Rückkehr der Flüchtlinge wurden als Begründung für die Verurteilung der israelischen Regierung und Militärverwaltung genannt.

Was kann man dem entgegen, wenn man mit Fakten konfrontiert wird? Angesichts einer solchen Lawine von Vorwürfen wird der Beobachter verzagt im Blick auf die Möglichkeit einer Lösung des Konflikts auf dem Verhandlungswege. Sie ist sicher nicht dadurch zu finden, dass man die Geschichte rekapituliert, um den Anspruch der Araber auf Palästina gegen den der Juden auf eine Heimstätte in diesem Land gegeneinander abzuwägen. Obwohl derartige historische Argumente zugunsten des Rechts der Araber immer wieder laut wurden, hatten sie jedoch kaum politisches Gewicht. Entscheidend war vielmehr die Forderung nach einer Verwirklichung der UNO-Beschlüsse. Zwar stand dabei stets die Resolution vom 22. November 1967 im Vordergrund, die Israel auffordert, bedingungslos die besetzten Gebiete zu räumen. Aber ausdrücklich wurde bestätigt, dass diese Forderung für alle UNO-Beschlüsse gilt, die Palästina betreffen, also auch für jenen vom 29. November 1947, dem der Staat Israel seine Existenz verdankt.

Obwohl es den Arabern schwerfällt, mit dürren Worten die Anerkennung des Staates Israel auszusprechen, – und wir Deutschen sollten dies am besten verstehen – denkt kaum jemand noch daran, die Geschichte seit 1947 wieder zurückdrehen zu wollen. Nicht die Existenz des Staates Israel stand auf der Konferenz zur Debatte, sondern die Folgen des Juni-Krieges. Und diese Folgen will die Gemeinschaft der arabischen Völker allerdings beseitigen. So war die Konferenz dazu bestimmt, die Weltöffentlichkeit für *diese* Sache der arabischen Völker zu gewinnen.

Das Gewicht, das die Vertreter der Dritten Welt auf der Konferenz

hatten, fiel noch in einer anderen Richtung in die Waagschale. Wann immer eine pauschale Identifizierung zwischen der Regierung des Staates Israel und den Juden in Diskussionsvoten erkennbar wurde, wurde diese Identifizierung entschieden zurückgewiesen. Oder umgekehrt: Wie in der Schlussrede des Delegierten der El Fatah, war es auch in anderen Resolutionen möglich, eine ausdrückliche Anerkennung des Lebensrechtes der Juden in Palästina durchzusetzen. Dagegen wehrten sich am stärksten die Vertreter jener Staaten, die durch die räumliche Entfernung vom Brennpunkt des Konfliktes sich aktiv am wenigsten engagieren können. Zur heftigsten Debatte über diesen Punkt kam es in der Kommission, die sich mit den Fragen der Flüchtlinge beschäftigte. Die westdeutsche Delegation hatte eine Hinzufügung zur Resolution vorgeschlagen, in der die Israel unterstützenden Völker und Regierungen aufgerufen werden, diese Unterstützung den arabischen Flüchtlingen zukommen zu lassen, um so zu einer «friedlichen Koexistenz zwischen Arabern und Juden in Palästina» einen Beitrag zu leisten. Der Sinn dieses Aufrufs sollte darin liegen, die Position Israels moralisch durch einen Beitrag zur Lösung des Flüchtlingsproblems zu festigen. Vor allem der Begriff «Koexistenz zwischen Arabern und Juden in Palästina» wurde debattiert, und wegen dieser Wendung erfuhr der Satz heftigen Widerspruch. Nach dreimaliger, immer wieder umstrittener Abstimmung wurde der Satz angenommen.

Am Ende der Konferenz konnte der Besucher bedrückt sein, wenn er sowohl die immer noch vorherrschenden Emotionen und ihre Ursachen bedachte, wie auch die Vorwürfe gegen Israel. Auch ein Freund des Staates Israel, der dessen Leistungen bewundert, konnte sich den Argumenten nicht verschliessen, dass die Politik der israelischen Regierung zu viel Anlass für den Vorwurf eines neuen Kolonialismus bietet. Weiss man vom Negev, dem einstigen Wüstenstreifen zwischen dem Toten Meer und dem Golf von Akaba, dass die Wüste fruchtbar gemacht werden kann, dass alle technischen Möglichkeiten dafür vorhanden sind, so erscheint es als eine furchtbare Tragik, dass die jüdischen Einwanderer nicht zusammen mit den Arabern diese Kultivierung auf weitere Strecken in Angriff genommen haben. Aber sofort wird damit sichtbar, dass nicht die Araber allein dafür verantwortlich zu machen sind, dass statt derartiger Zusammenarbeit eine blutige Auseinandersetzung die Folge der jüdischen Einwanderung war.

Die ursprüngliche Konzeption der Einwanderer am Anfang dieses Jahrhunderts war auf eine derartige Zusammenarbeit gerichtet. Sie fand ihr Ende aus politischen Gründen, als der Staat Israel und diejenigen, die seine Gründung betrieben, diese ursprüngliche Konzeption zugunsten der einer Vorherrschaft der Juden in Palästina fallen liessen. Diese Vorherrschaft muss Kolonialismus bedeuten, wie er sich in der seit 1967 verstärkten Diskriminierung der Araber in Israel und den besetzten Gebieten zeigt.

Dem Christen, der das Land Israel im Zusammenhang mit den messianischen Verheissungen sieht, wird dieser von den politischen Führern des Staates Israel missverstandene und missbrauchte Messianismus, der sich

als Kolonialismus zeigt, schmerzlich als eine Gefährdung seiner Hoffnungen erscheinen. Die Verheissung sagt, dass von Zion Weisung ausgehen wird und das Wort Jahves von Jerusalem (Jesaja 2, Vers 3). Jetzt ist die heilige Stadt der Ort eines Herrschaftsanspruchs geworden, der dieser Verheissung widerspricht. Die orthodoxen Rabbiner des Stadtteils Mea Shearim in Jerusalem haben es ihrer Regierung mit den Worten gesagt: «Der Messias wird als der Friedefürst durch das Goldene Tor einziehen. Ihr seid mit Waffen durch das Löwentor eingezogen.» Das Gottesreich des Friedens wird so nicht geboren.

Hans Werner Bartsch

(Aus «Stimme der Gemeinde», 1. März 1969)

«Die chinesische Wolke»

Diese Analyse der USA-China-Politik von *William L. Ryan* und *Sam Summerlin* mit dem Untertitel: «Amerikas tragischer Irrtum und Chinas Aufstieg zur Nuklearmacht»* rekapituliert die anti-kommunistische Tobsucht der 50er Jahre und schätzt ab, wie hoch die daraus resultierende schäbige Behandlung von in Amerika arbeitenden eminenten chinesischen Wissenschaftern die USA zu stehen kam. Das Ganze läuft hinaus auf eine Verurteilung engstirniger Ideologie und ist gegenwärtig, da die USA-China-Politik dringend einer Neuorientierung bedarf, von besonderer Aktualität.

Die beiden Autoren weisen nach, dass während des Zweiten Weltkrieges besonders Ch'ien Hsueh-sen und seine chinesischen Kollegen, ihrer Zeit weit voraus, mit Raketenantrieb und Jetpropulsion experimentierten und wie Ch'ien dank seinen Leistungen für die USA höchste offizielle Anerkennung erfuhr. Nach dem Ende des Krieges jedoch, der zu einem kommunistischen Sieg in China führte, begann die USA-Bürokratie, unter der Fuchtel Senator Joe McCarthys, mit seiner demagogischen Frage «Wer verlor China?» eine regelrechte Hexenjagd unter dem Personal des Ausseamts, unter Gelehrten und Wissenschaftern. Ch'ien und viele seiner Wissenschafterkollegen wurden beschattet, verhaftet und verhört.

1955 wurde Ch'ien nach fünf Jahren intensiver Quälerei nach China deportiert; mit ihm verliessen Amerika, nach einer sorgfältig zusammengestellten Liste, etwa 80 weitere chinesische Wissenschaftler, Mathematiker, Fachleute auf dem Gebiete der Aerodynamik und Nuklear-Physiker. Sie gingen «heim» und bildeten dort das Kader für ein chinesisches Nuklearprogramm.

1964, und viel früher als vorausgesehen, zündeten die Chinesen ihre erste nukleare Waffe, 1967 ihre erste H-Bombe. Das erste Lenkgeschoss war schon ein Jahr vorher getestet worden. China ist also im Begriff, eine

* The China Cloud. America's Tragic Blunder and China's Rise to Nuclear Power. William L. Ryan and Sam Summerlin. Little Brown, Boston 1968. 309 pp. \$ 8.-.